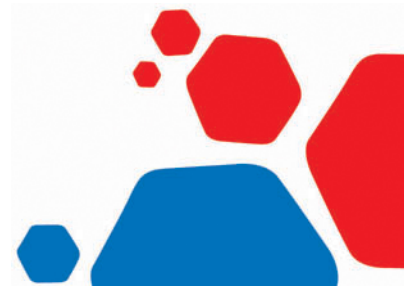


Kinderreport 2015 des Deutschen Kinderhilfswerkes

„Rechte von Kindern in Deutschland“

Zusammenfassung und Fazit



Zusammenfassung

Bekanntheit der Kinderrechte und Information

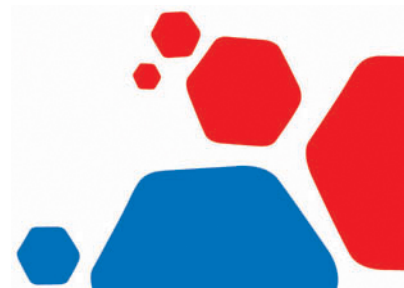
In Deutschland bestehen erhebliche Defizite sowohl bei der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention als auch bei der Bekanntheit der Kinderrechte selbst. Nur 4 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen und 3 Prozent der Erwachsenen kennen genau die in der UN-Kinderrechtskonvention festgeschriebenen Kinderrechte, jeweils 19 Prozent wissen ungefähr Bescheid. Mit zunehmendem Alter ist keine ausgeprägte Zunahme der Kenntnis über die Kinderrechte verbunden. Gleichzeitig wissen 49 Prozent der Kinder und Jugendlichen bzw. 36 Prozent der Erwachsenen nicht, was sich hinter der UN-Kinderrechtskonvention verbirgt.

Die Informationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen zum Thema Kinderrechte als einem Kernelement der UN-Kinderrechtskonvention sehen die Befragten sehr unterschiedlich. Hier werden der Familie (Note 2,5), Vereinen/Kinderrechtsorganisationen (2,7) sowie der Schule (2,8) von den Kindern und Jugendlichen eher gute Noten gegeben. Medien (3,0), Jugendtreffs/Schülerclubs (3,2), öffentliche Ämter (3,3) und Kitas (4,0) fallen deutlich ab. Bei den Erwachsenen liegt ebenfalls die Familie (2,4) an erster Stelle, hier folgen Jugendtreffs/Schülerclubs (2,7), die Schule (2,8), Medien (3,0) und Vereine/Kinderrechtsorganisationen (3,0). Auf den letzten Plätzen liegen auch aus Sicht der Eltern öffentliche Ämter (3,4) und Kitas (3,8).

Mitbestimmung

Bei den Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen gehen die Umfragergebnisse sehr weit auseinander. Während die befragten Kinder und Jugendlichen die Mitbestimmung in der Familie positiv sehen (Note 2,4), fallen die Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Schule (3,3), im Wohnumfeld (3,7) und in der Kita (3,7) schon deutlich ab. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Kommune allgemein (4,3) und vor allem in der Bundespolitik (5,1) werden als sehr schlecht angesehen. Ein ähnliches Bild ergibt auch die Erwachsenenbefragung. Hier erreicht ebenfalls die Familie (2,2) den besten Wert, gefolgt von der Schule (3,2), dem Wohnumfeld (3,6) und der Kita (4,1). Die letzten Plätze belegen auch hier die Kommune allgemein (4,3) und die Bundespolitik (5,0).

Um die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in Deutschland zu verbessern, sprechen sich sowohl Kinder als auch Erwachsene für eine bessere Unterstützung von Kindern und mehr Zuspruch von Erwachsenen aus (Note 2,0 bzw. 1,9). Als wichtig werden außerdem Projekte angesehen, die Kindern und Jugendlichen Mitgestaltungsmöglichkeiten in ihrem Lebensumfeld ermöglichen (2,0 bzw. 1,9). Zudem fordern sie die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz (2,0 bzw. 2,1). Und auch mehr Einflussmöglichkeiten für Schülervertreter stehen bei Kindern und Erwachsenen an vorderer Stelle (2,0 bzw. 2,2). Die Kinder geben also nicht nur Maßnahmen gute Bewertungen, die auf ihr direktes Lebensumfeld zielen. Auch eine eher abstrakte Forderung wie die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz wird als Begünstigung der Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen gesehen.



Kinderarmut

Bei den Maßnahmen gegen Kinderarmut präferieren die Kinder und Jugendlichen kostenloses Essen, Bücher, Lehrmittel und Aktivitäten in Kita und Schule (Note 1,6 / Erwachsene 1,7) sowie einen kostenlosen Zugang zu Kultur- und Freizeiteinrichtungen (1,8 / Erwachsene 1,8). Als weitere wichtige Maßnahmen werden mehr Sozialarbeiter in Schulen und Kitas (2,1 / Erwachsene 2,0) und höhere Einkommen (2,2 / Erwachsene 2,5) genannt. Unterstützung erhalten durch die Umfrage auch die Forderungen nach mehr Kindergeld (2,3 / Erwachsene 2,8) und nach einer Erhöhung der Sozialgeld-Regelsätze (2,4 / Erwachsene 2,9). Staatliche Eingriffe in die Erziehungshoheit der Eltern werden dahingehend kritischer gesehen. Hier lag der Durchschnittswert bei Kindern und Jugendlichen bei 3,0 und bei den Erwachsenen bei 3,2.

Gleichzeitig wünschen sich die Kinder und Jugendlichen mehr Aufklärung über Kinderarmut in den Medien (2,2 / Erwachsene 2,7). Als wichtig wird von ihnen auch angesehen, dass arme und reiche Kinder mehr Zeit miteinander verbringen (2,5 / Erwachsene 2,6). Insgesamt sind bei den Antworten nur vernachlässigbar geringe Unterschiede bzgl. des Alters der befragten Kinder erkennbar. Auffällig ist zudem das nahezu identische Ergebnis zwischen Kinder- und Elternbefragung.

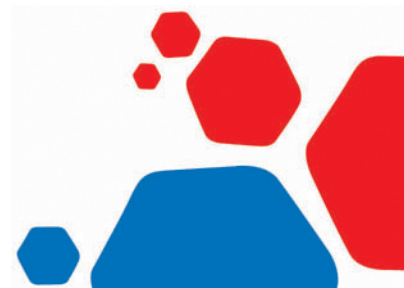
Spiel und Freizeit

Bei den Freizeitaktivitäten rangieren Freundinnen und Freunde ganz klar an erster Stelle. Hier geben 74 Prozent der Kinder und Jugendlichen an, mit diesen viel Zeit zu verbringen. Auf dem zweiten Platz liegen Familie (67 Prozent) und das Internet (67 Prozent). Auch das Lernen für Schule oder Ausbildung nimmt mit 62 Prozent breiten Raum ein. Sport (54 Prozent), Lesen (53 Prozent), Chillen (52 Prozent) und das Fernsehen (50 Prozent) folgen auf den Plätzen. Auch das „Draußen spielen“ hat einen recht hohen Stellenwert (43 Prozent), allerdings verbringen die jüngeren Kinder deutlich mehr Zeit damit als die älteren Kinder, die wiederum deutlich länger im Internet sind.

Deutliche Unterschiede gibt es hier in einigen Bereichen zwischen Mädchen und Jungen, beispielsweise beim Sport (Mädchen 44 Prozent / Jungen 64 Prozent) und beim Lesen (Mädchen 63 Prozent / Jungen 43 Prozent). Das gilt auch für den Bereich Computer-/Konsolenspielen: Nur 35 Prozent der Mädchen, aber 62 Prozent der Jungen (Gesamt 48 Prozent) verbringen damit viel Zeit. Die Angaben der Kinder und Jugendlichen decken sich an vielen Stellen mit denen der Erwachsenen. Auch diese geben an, dass ihre Kinder am meisten Zeit mit ihren Freundinnen und Freunden verbringen (65 Prozent). Nach Einschätzung der Eltern folgen das Lernen für Schule oder Ausbildung (63 Prozent) und die Zeit mit der Familie (60 Prozent). Auch mit dem Internet (59 Prozent), Sport (52 Prozent), Computer-/Konsolenspielen (50 Prozent), Fernsehen (49 Prozent) und Chillen (42 Prozent) verbringen Kinder und Jugendliche nach Einschätzung der Erwachsenen viel Zeit.

Medien

Das Internet (67 Prozent) und Fernsehen (50 Prozent) sind die Medien, mit denen Kinder und Jugendlichen die meiste Zeit verbringen. Dabei nehmen sie gerade bei der Internetnutzung die Chancen und Risiken wahr: 92 Prozent finden dort Sachen, die Spaß machen. Zugleich geben 86 Prozent an im Internet Informationen zu finden, die sie interessieren



und 71 Prozent sind der Auffassung, dass sie sich im Internet altersgerecht informieren können. Gleichzeitig fühlen sich nur 5 Prozent der Kinder und Jugendlichen sicher vor problematischen Inhalten wie Gewalt oder Pornografie. Nur 9 Prozent sind der Ansicht, dass sie im Internet sicher vor Übergriffen von Erwachsenen oder Gleichaltrigen sind.

Erwachsene sehen das ähnlich, wenn auch etwas kritischer: 85 Prozent sind der Ansicht, dass ihre Kinder im Internet Informationen finden, die sie interessieren, 74 Prozent geben an, dass Kinder dort unterhaltsame Angebote für ihre Altersgruppe finden, 66 Prozent sind der Ansicht, dass sich Kinder im Internet altersgerecht informieren können. Gleichzeitig sehen nur 4 Prozent Kinder und Jugendliche sicher vor problematischen Inhalten wie Gewalt oder Pornografie. Und nur 3 Prozent sind der Ansicht, dass Kinder und Jugendliche im Internet sicher vor Übergriffen von Erwachsenen oder Gleichaltrigen sind.

Auch beim Fernsehen wird die Gefahr problematischer Inhalte gesehen: Nur 11 Prozent der Kinder und Jugendlichen fühlen sich hier ausreichend vor Gewalt oder Pornografie geschützt, von den Eltern stimmen nur 7 Prozent dieser Aussage zu.

General Comments des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes

Die Umfrageergebnisse des Kinderreports 2015 werden gerahmt von vier Fachbeiträgen zu verschiedenen General Comments des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes.

Dabei sieht Vanessa Masing bei der Vorrangstellung des Kindeswohls nach Artikel 3 der UN-Kinderrechtskonvention und hier insbesondere bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen umfassende Defizite in Deutschland.

Dr. Wolfram Hartmann, Präsident des Bundesverbandes der Kinder- und Jugendärzte, kritisiert die mangelhafte Umsetzung des Kinderrechtes auf bestmögliche Gesundheit nach Artikel 24 der UN-Kinderrechtskonvention.

Dr. Friederike Wapler von der Universität Frankfurt am Main ist der Auffassung, dass aus dem Recht auf Gehör nach Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention die Belange der Kinder bei allen politisch-strategischen Planungen im Wirtschaftsleben berücksichtigt werden müssen und sieht beispielsweise bei wachsender Neuverschuldung oder Maßnahmen im Bereich der Rentenpolitik Entwicklungen, durch die Deutschland diesen Vorgaben zuwider handelt.

Christine Kimpel von der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg stellt in Bezug auf das Kinderrecht auf Freizeit, Erholung und Spiel nach Artikel 31 der UN-Kinderrechtskonvention fest, dass die Gefahren rund um Spielorte verringert, das soziale Klima in den Wohngebieten verbessert und die Attraktivität von Spielorten gesteigert werden müssen. Zentrale Beachtung bei den Belangen der Spielorte für Kinder ist es, die Kinder selbst ihre Spielorte ausgestalten zu lassen.



Fazit

Bekanntheit der Kinderrechte und Information

Die geringe Bekanntheit der UN-Kinderrechtskonvention bzw. der Kinderrechte in Deutschland zeigt, dass wir eine Bildungsoffensive in Sachen Kinderrechte brauchen, die Kinder und Erwachsene erreicht. Die Zahlen des Kinderreports 2015 werden bestätigt durch nahezu gleichlautende Ergebnisse einer Umfrage des Deutschen Kinderhilfswerkes zum 20. Geburtstag der UN-Kinderrechtskonvention 2009. Bezüglich der Bekanntheit der Kinderrechte ist in den vergangenen Jahren also keine positive Entwicklung festzustellen. Aber Kinder müssen ihre Rechte kennen, denn Wissen und Aufklärung ist die Grundlage für selbstbestimmtes Handeln. Größere Anstrengungen bzgl. einer Kinderrechtebildung in Kitas und Schulen sind hier notwendig.

Die guten Werte zur Frage der Informationsmöglichkeiten in der Familie zeigen, dass Kinder hier ihr unmittelbares familiäres Umfeld nutzen. Zugleich sind diese Werte Auftrag, an dieser Stelle weiter anzusetzen, da die Familie der erste und wichtigste Erfahrungs- und Informationsraum für Kinderrechte ist. Mehr Kinderrechtebildung bei Erwachsenen/Eltern wird auch die Kenntnis über Kinderrechte bei den Kindern verbessern.

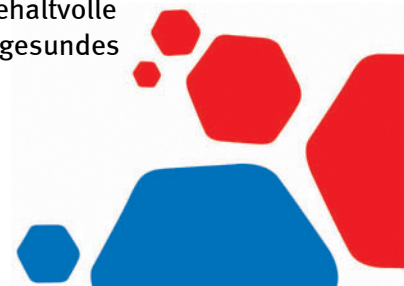
Ein klarer Handlungsauftrag ergibt sich insbesondere für öffentliche Ämter: Hier ist noch viel Luft nach oben, um die Kinderrechte bekannter zu machen und ihnen letztlich dadurch mehr Geltung zu verschaffen. Ein kindgerechtes Verwaltungshandeln wäre die wünschenswerte Folge.

Mitbestimmung

Das Recht auf Beteiligung ist eines der Grundprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention, und das aus gutem Grund. Kinder haben, nicht weniger als Erwachsene, eigene Bedürfnisse und eine eigene Meinung zu den sie betreffenden Themen. Darauf sollte, so sieht es auch die UN-Kinderrechtskonvention vor, seitens der Erwachsenen geachtet werden. Die vorliegende Studie zeigt, dass nach Ansicht der Kinder (und auch ihrer Eltern), dieses Kinderrecht nur unzureichend verwirklicht ist. Seitens der Zivilgesellschaft und der Politik müssen demzufolge größere Anstrengungen als bisher unternommen werden, um Kinder in angemessener Weise mitbestimmen zu lassen. Die flächendeckende Einrichtung und Berücksichtigung von Kinder- und Jugendparlamenten sowie die Einsetzung von Kinderbeauftragten in den Städten und Gemeinden könnte ein Weg sein. Auch sollten für Kindergärten und Schulen geeignete Formen der Beteiligung eingeführt bzw. ausgebaut werden. Darüber hinaus ist es notwendig, Beteiligungsmöglichkeiten in den Landesverfassungen und Gemeindeordnungen strukturell zu verankern. Nicht zuletzt würde die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz eine größere rechtliche Verbindlichkeit von Kinderrechten zur Folge haben und damit Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auch bei politischen Entscheidungen besser gewährleisten.

Kinderarmut

Kindern aus den verschiedensten sozialen und finanziellen Hintergründen chancengerechte gesellschaftliche Zugänge zu ermöglichen, bleibt eine Hauptaufgabe politischen Handelns. Dazu gehört auch, die notwendigen materiellen Lebensgrundlagen für alle Kinder entsprechend ihrer Bedürfnisse zu schaffen. Eine abwechslungsreiche und gehaltvolle Ernährung beispielsweise ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für ein gesundes

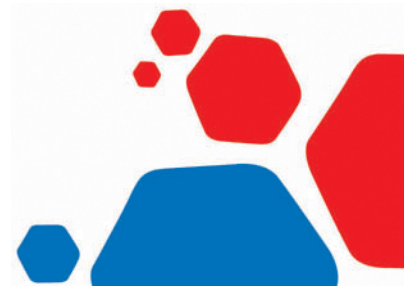


Aufwachsen. Kinder allerdings, die in Armut unter den ökonomischen Bedingungen von Hartz IV aufwachsen, haben nicht die Voraussetzungen, eine solche Ernährung ermöglicht zu bekommen. Hier gilt es einerseits die Regelsätze für Kinder bedarfsgerecht zu errechnen und anzupassen sowie in Kindertageseinrichtungen und Schulen eine kostenlose und hochqualitative Versorgung mit Essen bereitzustellen. Darüber hinaus sollte für alle Kinder der Zugang zu Bildung chancengerecht verteilt und unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten vorhanden sein. Das betrifft sowohl die Schulbildung als auch kulturelle Bildung und Demokratiebildung.

Zusammenfassend brauchen wir ein Nationales Programm zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland und einen eigenständigen Bericht der Bundesregierung zur Kinderarmut. Die Bundesregierung soll dazu gemeinsam mit Ländern und Kommunen ein umfangreiches Maßnahmenpaket mit konkreten Zielvorgaben vorlegen, mit dem der Kinderarmut wirkungsvoll begegnet werden kann. Kinderarmut kann nur effizient und nachhaltig bekämpft werden, wenn alle Maßnahmen zu diesem Zweck unter einem Gesamtkonzept verknüpft und mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sind ebenso zu berücksichtigen, wie Familien- und Bildungspolitik, Gesundheits- und Sozialpolitik sowie Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik. Es reicht nicht aus nur eine Dimension der Kinderarmut in Angriff zu nehmen, sondern es geht darum, die unterschiedlichen Handlungsfelder im Rahmen einer Gesamtstrategie zusammenzufügen. Dies setzt eine Vernetzung der Hilfen und Akteure in den Lebensräumen der Kinder voraus.

Spiel und Freizeit

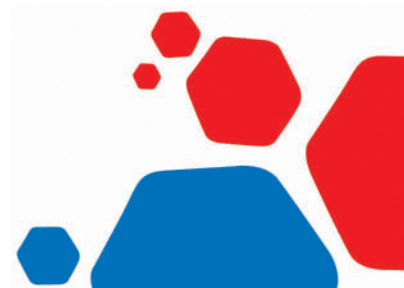
Kinder und Jugendliche nutzen heutzutage unterschiedlichste Spiel- und Freizeitmöglichkeiten, besonders wichtig sind dabei Familie und Freunde auf der einen Seite, aber auch Internet und Computer-/Konsolenspiele auf der anderen Seite. Dieses Nebeneinander von analoger und digitaler Welt kann, sofern es ein gutes Maß an Ausgeglichenheit gibt, förderlich für Kinder und Jugendliche sein. Besonders wichtig ist aber, dass das „Draußen spielen“ wieder mehr Bedeutung erhält. Eine Kinderstudie des Deutschen Kinderhilfswerkes aus dem letzten Jahr hat gezeigt, dass Kinder aus sehr kinderfreundlichen Stadtteilen täglich durchschnittlich fast zwei Stunden alleine ohne Aufsicht draußen spielen, demgegenüber verbringen Kinder unter sehr schlechten Bedingungen nur eine Viertelstunde damit. Im Vergleich zu Kindern aus sehr kinderfreundlichen Stadtteilen haben sie deshalb weniger soziale Erfahrungen mit Gleichaltrigen, einen deutlich höheren Medienkonsum und nutzen seltener organisierte Freizeit- und Sportangebote in ihrem Stadtteil. Zudem kommt es in Gebieten mit schlechter Wohnumfeldqualität bei vielen Kindern zu einer sozialen Entwicklungsverzögerung. Hier steht die Stadtentwicklungspolitik also vor der Aufgabe, mit einer kinderfreundlichen Stadtgestaltung unter Beteiligung der Kinder und Jugendlichen die Entwicklungschancen von Kindern zu verbessern.



Medien

Die Zahlen des Kinderreports 2015 machen deutlich, dass Kinder sich insbesondere bei der Nutzung von neueren Medien oftmals in ihren Rechten verletzt sehen: Unsicherheit, Angst vor nicht altersgerechten Inhalten oder die nicht selbstverantwortlich steuerbare Überflutung mit Werbung sind hier negative Aspekte. Umgekehrt wird bei der Mediennutzung von Kindern auch eine starke Ambivalenz deutlich, da sie in Medien große Potenziale für Information, Unterhaltung und kommunikative Vernetzung sehen, gleichzeitig aber eben die genannten Gefahren wahrnehmen.

Insbesondere das Internet wird dabei erkennbar als ein Medium der Extreme: Es bietet den Kindern einerseits die besten Informationen, es macht ihnen am meisten Spaß, andererseits fühlen sie sich dort zugleich am stärksten gefährdet. Die Chancen und Risiken des Internet liegen somit dicht beieinander und wir stehen vor der Aufgabe, weder in Überregulierung noch in Laissez-faire nach einfachen Lösungen zu suchen, die für einen äußerst komplexen „Gegenstand“ wie das Internet nicht existieren. Hier gilt es einerseits ein zeitgemäßes Jugendmedienschutzrecht zu implementieren, das Sicherheit vor Missbrauch und vor problematischen Inhalten, vor allem aber auch Orientierung bei der Mediennutzung schafft. Andererseits müssen die Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen für eine verantwortungsvolle und selbstbestimmte Mediennutzung gefördert werden. Hierfür ist die verbindliche Verankerung von Medienbildung in den Lehrplänen sowie Ausbildungscurricula von Fachkräften nötig. Auch die Einrichtung einer Förderstruktur von Medienkompetenzprogrammen bspw. durch eine Bund-Länder-Stiftung Medienkompetenz wäre diesem Zweck dienlich. Denn nur medienkompetente Kinder und Jugendliche können Kinder ihr Recht auf demokratische Teilhabe an der Informationsgesellschaft wirklich in die Tat umsetzen.



Zur Repräsentativität der Umfrage für den Kinderreport 2015

Für den Kinderreport 2015 wurden im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes 1.020 Kinder und Jugendliche im Alter von 10-17 Jahren sowie Eltern von Kindern und Jugendlichen im Alter von 10-17 Jahren befragt (verteilt auf n=320 Kids und n=700 Erwachsene). Die Stichprobe wurde quotiert auf Alter und Geschlecht der Kinder/Jugendlichen (bei der Kidsbefragung ebenso wie bei der Erwachsenenbefragung). Als Stichprobenquelle diente der EARSandEYES Online Access Pool. Die Befragung wurde online als Selbstausfüller durchgeführt. Die Ergebnisse der einzelnen Alters-/Geschlechtsgruppen sind als repräsentativ zu betrachten. Die Fehlertoleranz innerhalb der Kidsbefragung liegt bei 3,4% (bei einer Wahrscheinlichkeit von 95%) und bei 2,3% bei der Erwachsenenbefragung (bei einer Wahrscheinlichkeit von 95%).

Der Kinderreport 2015 des Deutschen Kinderhilfswerkes wurde gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Er steht unter www.dkhw.de zum kostenlosen Download bereit.

Berlin, 29.01.2015

